



23. Juni 1993

Vergabe einer Finanzhilfe an die Tschechische und die Slowakische Republik

Aufgrund des Antrages des EVD vom 8. Juni 1993

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Gewährung einer Finanzhilfe an die Tschechische Republik in der Höhe von 30 Mio SFr. und an die Slowakische Republik in der Höhe von 30 Mio SFr. als nicht-rückzahlbare Finanzierungszuschüsse sowie die Erteilung von Kreditgarantien für Exporte in die Slowakische Republik im Umfang von 20 Mio SFr. wird gutgeheissen. Die Verpflichtungen gehen zu Lasten des 2. Rahmenkredits (800 Mio. SFr.) über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten. (BB vom 28. Januar 1992)
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bezeichnete schweizerische diplomatische Vertretung wird ermächtigt, die mit der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik ausgehandelten Abkommen zu unterzeichnen. Die Abkommen treten mit ihrer Unterzeichnung in Kraft.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendigen Vollmachten auszustellen.
4. Die aus den Verpflichtungen resultierenden Zahlen werden dem Budget des BAWI (Rubrik 703.3600.250) belastet.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
	X	EDI	5	-
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	14	-
		EVED		
	X	BK	4	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-

Für getreuen Protokollauszug:

Müller





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

2310.1

Bern, 8. Juni 1993

An den Bundesrat

Finanzhilfe an die Slowakische und die Tschechische Republik

1. Gegenstand des Antrags

Mit dem vorliegenden Antrag ersuchen wir Sie

- um die Ermächtigung zum Abschluss eines Finanzhilfeabkommens mit der Slowakischen Republik in der Höhe von 30 Mio. SFr. und der Tschechischen Republik in der Höhe von 30 Mio. SFr. sowie
- um die Zustimmung, einen Betrag von 20 Mio. SFr. für die Übernahme von Kreditgarantien - an der Stelle der ERG - zur Deckung kommerzieller Exportkredite für Lieferungen in die Slowakei, zu verpflichten.

Die Durchführung der Finanzhilfe in Form nicht-rückzahlbarer Finanzierungszuschüsse sowie die Gewährung von Exportkreditgarantien stützt sich auf die Botschaft über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vom 23. September 1991 (Rahmenkredit II: 800 Mio. SFr.) und dem dazugehörigen - durch das Parlament am 28. Januar 1992 verabschiedeten - Bundesbeschluss sowie die Verordnung über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vom 6. Mai 1992.

Wegen der sich seit Mitte 1992 abzeichnenden Teilung der CSFR in zwei unabhängige Staaten konnten die Finanzhilfeverhandlungen mit Bratislava und Prag erst im Frühling 1993 aufgenommen werden.

Der Entscheid der Gleichbehandlung der beiden Republiken (je 30 Mio. SFr.) - entgegen des sonst bei der Trennung verwendeten Aufteilungsschlüssel von 2:1¹⁾ - beruht auf den eindeutig umfangreicheren Unterstützungsbedürfnissen im Falle der Slowakei.

1) 2 Teile zugunsten der Tschechischen Republik : 1 Teil zugunsten der Slowakischen Republik

2. Wirtschaftliche und politische Lage

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen bei Beginn des wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses waren in der CSFR weit günstiger als in den meisten anderen ehemals kommunistischen Ländern: geringe Inflationsraten, der Nachfrageüberhang hatte nicht zu einem übermässigen Aufblähen der Geldmenge geführt und die Aussenschuld in konvertibler Währung betrug 1989 nur 16 % des BSP. Zur Inflationsbekämpfung und Zahlungsbilanzkontrolle wurde das eingeleitete Reformprogramm durch eine straffe Fiskal-, Geld- und Einkommenspolitik begleitet. Die internationale Gemeinschaft unterstützte den Umstrukturierungsprozess durch eine Zahlungsbilanzhilfe in der Höhe von 877 Mio. US\$. 1992 begann die Regierung auf radikale und ambitionöse Art und Weise mit der Privatisierung der grössten Staatsbetriebe. Über 8,5 Mio. Bürger beteiligten sich an der sogenannten Couponprivatisierung, was der CSFR eine Vorreiterrolle gegenüber den anderen Reformländern in Sachen Privatisierung einbrachte.

Die anfangs 1993 erfolgte Teilung der Föderation in zwei unabhängige Staaten dürfte sich jedoch auf die weitere Wirtschaftsentwicklung eher negativ auswirken. Zwar konnte das nach den Wahlen im Sommer 1992 entstandene institutionelle Entscheidungsvakuum inzwischen abgebaut werden, doch die Probleme im bilateralen Handel zwischen den beiden Republiken, der seit der Staatsteilung unter administrativen Behinderungen an der gemeinsamen Grenze und seit dem 8. Februar dieses Jahres zusätzlich unter der Einführung zweier nur beschränkt konvertibler Republik-Währungen leidet, senden nicht unbedingt positive Signale aus. Hinzu kommen kräfteraubende Streitigkeiten bei der Vermögensteilung. Insbesondere die Uneinigkeit über die Zentralbankforderungen führte dazu, dass die tschechische Regierung anfangs März beschloss, die Aushändigung der von Slowaken erworbenen Aktien an tschechischen Betrieben bis zur Einigung über die Vermögenteilung zu verschieben. Dies dürfte - sollte keine baldige Einigung erzielt werden - unweigerlich zu einer Verzögerung des Privatisierungsprozesses führen, da auch die tschechischen Bürger vorerst ihre Aktien nicht erhalten können.

Eine Aufrechterhaltung der gegenseitigen Handelsbeziehungen ist für die beiden Nachfolgestaaten der CSFR sehr wichtig, da die Exporte in den Nachbarstaat bisher über 40% der slowakischen und gegen 25% der tschechischen Gesamtausfuhren ausmachten. 1992 entstand ein Defizit zulasten der Slowakei von rund 17 Mrd. tKr. (ca. 940 Mio. SFr.). Wie sich die nach der Staatenteilung bzw. Auflösung der Währungsunion entstandenen Zoll- und Zahlungsschwierigkeiten 1993 auf das Handelsvolumen auswirken werden, lässt sich derzeit noch nicht quantifizieren. Prag hat das Problem erkannt und hat zur Stützung des Handels mit der Slowakei für Bratislava eine Kreditlimite zur Finanzierung von Importen aus der tschechischen Republik eröffnet.

Ein weiteres schweres Erbe treten die Nachfolgerepubliken bei der Behebung bestehender Umweltschäden an. Wie kürzlich an der Umweltkonferenz in Luzern - gestützt auf das dort verabschiedete Umwelt-Aktionsprogramm für Mittel- und Osteuropa - hervorgehoben wurde, gilt es sich dabei in erster Linie auf die dringlichsten, zu Gesundheitsschäden führenden, Umweltprobleme zu konzentrieren.

Im Falle der ehemaligen CSFR will man kurzfristig den Schwerpunkt auf eine Verringerung der Luftverschmutzung²⁾ sowie auf eine bessere Trinkwasseraufbereitung setzen. Die Beseitigung toxischer Abfälle - und damit verbunden der Wasserverseuchung - wird als mittelfristig zu lösendes Problem erachtet.

2.1. Slowakische Republik

Durch eine selektive, nach Regionen und Branchen abgestufte Industriepolitik sowie Steuererleichterungen für ausländische Direktinvestitionen versucht die Slowakei die Wirtschaftstätigkeit anzukurbeln. Hemmend wirkt dabei jedoch die Ausrichtung auf - grösstenteils bei der Staatsteilung geerbte - Problembranchen wie Rüstung, Grundstoffe und Halbfabrikate sowie auf ehemalige COMECON-Märkte. Es herrscht ein grosser Umstrukturierungsbedarf insbesondere im Rüstungsbereich, welcher angesichts einer Arbeitslosenquote von gegen 15% erhebliche soziale Opfer verlangen wird. Die Arbeitslosigkeit in der Slowakei ist zur Zeit um ein Mehrfaches höher als in Tschechien. Dieser Umstand ist nicht zuletzt auf die wirtschaftlichen Probleme in der Rüstungs- und Schwerindustrie zurückzuführen. Ungefähr zwei Drittel der tschechoslowakischen Rüstungsproduktion und 80% der Schwerindustrie waren in der Slowakei angesiedelt worden.

Die nach der politischen Wende 1989 von der Föderalregierung unter Präsident Havel eingeleitete Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion konnte jedoch mangels eigener finanzieller Mittel der Rüstungsbetriebe und fehlender Unterstützung von aussen nicht wie geplant durchgeführt werden.

Durch Diversifizierung alleine werden die Strukturprobleme der slowakischen Wirtschaft wohl kaum gelöst werden können. Ein Gesundshrumpfen und Anpassen an marktwirtschaftliche Verhältnisse - verbunden mit hohen sozialen Kosten - wird nicht zu umgehen sein. Hinzu kommen auch die bereits erwähnten Umwelt-, d.h. Abfallentsorgungs- und Luftverschmutzungsprobleme, verursacht durch die hohe Konzentration an veralteter Schwerindustrie.

Weitere Sorgen bereitet in der Slowakei das seit anfangs Jahr beängstigende Ausmass annehmende Budgetdefizit³⁾ sowie die schrumpfenden Devisenreserven. Trotz Empfehlungen von IWF- und sonstigen Experten, hat die slowakische Regierung eine Abwertung, die zur Verbesserung der Hartwährungs-Leistungsbilanz führen würde, bisher aus Furcht vor einem Inflationsschub auf Grund höherer Importpreise sowie aus politisch-psychologischen Überlegungen⁴⁾ abgelehnt.

Seit Januar 1993 steht die slowakische Regierung auch auf eigenen finanziellen Beinen und kann somit nicht mehr von den föderalen Reformfolgen profitieren. Doppelte⁵⁾ Zahlungsbilanzprobleme können entweder durch ein Zurückschrauben der Importe oder durch externe Finanzierungsquellen gelöst werden. Letztere würden die sofortige Ausarbeitung und

-
- 2) Man denkt dabei an Filter für Braunkohlekraftwerke (vor allem in Nordböhmen) sowie an eine Reduktion des Energieverbrauchs .
 - 3) Während Prag ehemals föderale Institutionen (Zentralbank, Verteidigungs- und Aussenministerium) in Republikorgane umwandeln konnte, mussten die Slowaken derartige Institutionen für teures Geld neu aufbauen.
 - 4) sowohl gegenüber der tschechischen Regierung als auch gegenüber den slowakischen Wählern
 - 5) gegenüber Tschechien und dem sonstigen Ausland

wirkungsvolle Implementierung einer mehrheitsfähigen wirtschaftlichen Stabilitätspolitik erfordern.

Das politische Geschehen in Bratislava wird seit den Wahlen im letzten Sommer in erster Linie von Ministerpräsident Vladimir Meciar geprägt. Insbesondere im Ausland scheint Meciar's Auftreten nicht unbedingt eine positive Haltung gegenüber der Slowakei zu fördern. Seine immer noch vereinzelt durchdringenden kollektivistischen Vorstellungen, sowie eine unter ihm betriebene Wirtschaftspolitik der Improvisationen ohne Beizug von Experten, dürfte auf den Vollzug des Systemwechsels eher bremsend wirken. Meciar's alleinige Regierungspartei, die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) hat zwar inzwischen ihre parlamentarische Mehrheit verloren, doch wird es der zerstrittenen Opposition derzeit kaum gelingen, das HZDS-Kabinett zu sprengen. Mittel- bis langfristig könnte jedoch Meciar's politische Stärke - auch innerhalb der Regierungspartei - unter der zunehmenden Last der Wirtschaftslage abbröckeln.

Mit der slowakischen Unabhängigkeit, stieg auch der Anteil der innerhalb der Republiksgrenzen wohnhaften ungarischen Minderheit; er war zuvor in der CSFR unerheblich, fällt aber in der kleinen Slowakei mit 11% der Einwohner ins Gewicht. Meciar's, des öfters mit nationalistischen Untertönen gefärbte diesbezügliche Polemik, dürfte der internationalen Respektabilität der Slowakei eher schaden als nützen.

Zur Zeit ist das Europarats-Beitritts-gesuch - wegen Bedenken hinsichtlich der Minderheitenpolitik Bratislavas - noch hängig. Durch eine Verzögerung bei der Aufnahme in den Europarat wegen ungelöster Minderheitenprobleme würde der selbständigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Slowakei eindeutig ein Stein in den Weg gelegt.

2.2. Tschechische Republik

Tschechiens wirtschaftliche und soziale Umstrukturierungsprobleme sind weniger ausgeprägt als jene in der Slowakei. Nach wie vor herrscht jedoch ein Zustand der Wirtschaftskrise, obwohl sich der Rückgang des Bruttoinlandproduktes 1992 gegenüber dem Vorjahr verlangsamt hat. Die makroökonomische Stabilisierungspolitik beginnt schrittweise zu greifen, und ein zweites IWF-Stand-by Agreement - mit Aussichten auf eine Weiterführung der Zahlungsbilanzhilfe - konnte diesen März unter Dach und Fach gebracht werden.

Während die Industrieproduktion noch stagniert, konnte im Bausektor eine Erholung beobachtet werden. Die tiefere Arbeitslosenrate (Ende 1992: 2,5%) gegenüber der Slowakei (Ende 1992: 12%) ist eine Folge diverser - jedoch alles andere als marktkonformer - Massnahmen⁶⁾, welche anfangs 1993 zum Teil aufgehoben wurden. Für das laufende Jahr ist daher wieder mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die politische Szene wird seit den Wahlen im Sommer 1992 von Ministerpräsident Vaclav Klaus und seiner Demokratischen Bürgerpartei (ODS) beherrscht. Wohl hat Vaclav Havel Ende Januar 1993 seinen Weg zurück auf die Burg - diesmal als Präsident der Tschechischen Republik - gefunden, doch ist sein Einfluss auf das politische Tagesgeschehen im In- und Ausland merklich geschwunden. Mit eisernem Besen führt Regierungschef Klaus marktwirtschaftliche Prinzipien ein. Im Kontrast zur slowakischen Industriepolitik, haben ausländische

6) z.B. Lohnkontrollen, die zu einer Senkung der Reallöhne von über 40% geführt haben.

Investoren in Tschechien keinen Anspruch auf Sonderregeln; dennoch konnte 1992 ein beachtlicher Anstieg ausländischer Direktinvestitionen verzeichnet werden.

Tschechiens derzeitiges Hauptproblem liegt in der Frage, wie mit den begrenzt vorhandenen Mitteln im Rahmen des schwierigen Übergangsprozesses von der kommunistischen Planwirtschaft zu einer westlich orientierten Marktwirtschaft auch die immensen Umweltprobleme gelöst werden können. Bereits haben die Schadstoffausstösse aus den Braunkohlkraftwerken in Nordböhmen zu Gesundheitsschäden bei der dortigen Bevölkerung geführt. Hinzu kommt das vermehrte Auftreten eines zu hohen Nitratgehalts im Trinkwasser, was besonders für Kleinkinder eine grosse Gefährdung mit sich bringt.

3. Zweck der Finanzhilfe

Ziel der schweizerischen Finanzhilfe ist es, der Slowakischen und der Tschechischen Republik wirkungsvolle Unterstützung beim Übergang zur Marktwirtschaft, beim Aufbau eigener Staatsstrukturen und bei der Entwicklung wirtschaftlicher Eigenständigkeit anzubieten sowie die mit dem Umstrukturierungs- und Trennungsprozess verbundenen volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten mittragen zu helfen. Eingebunden in unsere aussenwirtschaftlichen Beziehungen soll sie zur Entwicklung und Eingliederung der ehemaligen CSFR in das Weltwirtschaftssystem - und im besonderen - den westeuropäischen Wirtschaftsraum beitragen.

Die beantragte schweizerische Finanzhilfe erfolgt - im Rahmen der G-24 - in Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft und multilateralen Institutionen (Details siehe Beilage III: Koordination der internationalen Hilfe)

3.1. Finanzierungszuschüsse

Durch sogenannte nicht-rückzahlbare Finanzierungszuschüsse soll der Fremdwährungsanteil prioritärer - nicht kommerziell finanzierbarer - Projekte in der Slowakischen und der Tschechischen Republik übernommen werden; die Mittel stehen m.a.W. zur Finanzierung von Lieferungen und Dienstleistungen schweizerischen Ursprungs zur Verfügung. Die Auswahl der Lieferanten erfolgt mittels öffentlicher Ausschreibungen.

Finanzierungszuschüsse werden auf der Basis von bilateralen Rahmenverträgen mit den jeweiligen Empfängerländern abgewickelt. Mit der Slowakischen Republik wurde ein solches Finanzhilfeabkommen am 16. April 1993 in Bratislava paraphiert⁷⁾; mit der Tschechischen Republik am 21. April 1993 in Prag⁸⁾.

Ausgangspunkt für die Hilfeleistung sind die von der Slowakei und Tschechien geltend gemachten Bedürfnisse und Prioritäten, die es mit dem Leistungsangebot der schweizerischen Wirtschaft zu koppeln gilt.

Bedürfnisabklärungen⁹⁾ in den beiden Republiken haben gezeigt, dass als mögliche Einsatzbereiche der nicht-rückzahlbaren Finanzierungszuschüsse die Sektoren Gesundheit, Umwelt,

7) siehe Beilage I

8) siehe Beilage II

9) vgl. Beilage I / II : Art. 3.2.

Infrastruktur und Energie in Frage kommen¹⁰). Erste Projektvorschläge wurden bereits anlässlich der Paraphierung der Finanzhilfeabkommen durch die slowakischen und tschechischen Behörden unterbreitet. Es ist vorgesehen, dass die Empfänger konkurrenzfähiger schweizerischer Lieferungen wenigstens einen Teil des Kaufpreises in lokaler Währung in einen Gegenwertfonds einbezahlen müssen. Die so geäußerten Mittel können ihrerseits - zusätzlich zu oben genannten Sektoren - zur Finanzierung von Projekten im Sozialbereich verwendet werden¹¹).

3.2. Kreditgarantien

Seit April 1993 ist die Exportrisikogarantie (ERG) für die Slowakei im mittel- und langfristigen Bereich - wegen der dortigen Wirtschafts- und Finanzsituation - nicht mehr verfügbar. Bedürfnisabklärungen haben jedoch gezeigt, dass zur Ankurbelung des Handels zwischen der Schweiz und der Slowakei, Exportfinanzierungen durch den Bund garantiert werden sollten.¹²)

Solche Kreditgarantien sollten den Slowaken erlauben, für den wirtschaftlichen Aufbau dringend notwendige Einfuhren zu tätigen. Prioritäre Berücksichtigung finden dabei Lieferungen und Dienstleistungen an den Privatsektor sowie solche zur Förderung der privatwirtschaftlichen Exportkapazität. Ein spezielles zwischenstaatliches Abkommen mit der Slowakei ist für die Gewährung von Kreditgarantien nicht nötig.

Die administrative Abwicklung der Garantieerteilung erfolgt - nach vorgängiger Bewilligung der Garantieranträge durch das BAWI - über die ERG in Zürich, deren Rechtsgrundlagen entsprechend auch die Verpflichtungen der Exporteure regelt.

5. Datum des Inkrafttretens

Die Finanzhilfeabkommen treten mit der Unterzeichnung in Kraft.

6. Ämterkonsultation

Die vorgeschlagenen Unterstützungsmassnahmen wurden vom interdepartementalen Programmkomitee für die Hilfe an Mittel- und Osteuropa an seiner Sitzung vom 11. Juli 1992 gutgeheissen. Der vorliegende Antrag findet die Zustimmung des Departementes für auswärtige Angelegenheiten sowie der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

7. Antrag

Eine Unterstützung der Slowakischen und der Tschechischen Republik im Rahmen der schweizerischen Osthilfe ist unter dem Aspekt des dortigen wirtschaftlichen Entwicklungs- und Umstrukturierungsprozesses und des damit verbundenen Aufbaus eigener Staatsstrukturen gerechtfertigt. Gestützt auf den vorliegenden Antrag, bitten wir um Ermächtigung zum

10) Gestützt auf den vom Parlament in der Frühjahrssession 1990 bewilligten Rahmenkredit I (250 Mio. SFr.) sind bis anhin nur Projekte im Umweltbereich finanziert worden.

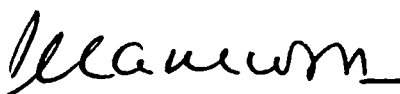
11) vgl. Beilage I / II : Art. 4.1.

12) In der Tschechischen Republik ist die ERG nach wie vor im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich offen.

Abschluss von Finanzhilfeabkommen mit der Slowakischen und der Tschechischen Republik im Umfang von je 30 Mio. SFr. sowie um die Zustimmung zur Erteilung von Kreditgarantien für Exporte in die Slowakei im Umfang von 20 Mio. SFr..

Der Beträge werden dem Rahmenkredit von 800 Mio. SFr. für die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten vom 28. Januar 1992 belastet (Rubrik 0703.3600.250).

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Jean-Pascal Delamuraz

Beilagen: Beschlussdispositiv
 Beilage I (paraphiertes Finanzhilfeabkommen mit der Slowakei vom 16.4.93)
 Beilage II (paraphiertes Finanzhilfeabkommen mit Tschechien vom 21.4.93)

Zum Mithericht an:

EDA: Pol Abt. I
EFD: Eidg. Finanzverwaltung

Protokollauszug an:

Bundeskanzlei (2)
EDA (9): Generalsekretariat (3), Pol. Direktion (3), Büro für Zusam. mit Osteuropa (3)
EFD (6): Generalsekretariat (3), Eidg. Finanzverwaltung (3)
EVD (14): Generalsekretariat (4), BAWI (10)

Vergabe einer Finanzhilfe an die Tschechische und die Slowakische Republik

Aufgrund des Antrages des EVD vom 8. Juni 1993

Aufgrund des Mitberichtverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Gewährung einer Finanzhilfe an die Tschechische Republik in der Höhe von 30 Mio SFr. und an die Slowakische Republik in der Höhe von 30 Mio SFr. als nicht-rückzahlbare Finanzierungszuschüsse sowie die Erteilung von Kreditgarantien für Exporte in die Slowakische Republik im Umfang von 20 Mio SFr. wird gutgeheissen. Die Verpflichtungen gehen zu Lasten des 2. Rahmenkredits (800 Mio. SFr.) über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten. (BB vom 28. Januar 1992)
2. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft oder die von ihm bezeichnete schweizerische diplomatische Vertretung wird ermächtigt, die mit der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik ausgehandelten Abkommen zu unterzeichnen. Die Abkommen treten mit ihrer Unterzeichnung in Kraft.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die notwendigen Vollmachten auszustellen.
4. Die aus den Verpflichtungen resultierenden Zahlen werden dem Budget des BAWI (Rubrik 703.3600.250) belastet.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Memorandum of Understanding

A delegation of the Slovak Government and the Swiss Government (the members of the delegation are listed in Annex I) held fruitful discussions in Bratislava on the granting of financial assistance by the Swiss Government to the Slovak Government.

The delegations agreed on the general objectives and procedures of such assistance as described in the attached initialled draft Agreement (Annex II) and agreed also to submit this draft Agreement to their respective Government authorities for approval.

The Swiss Delegation informed the Slovak Delegation that the financial assistance of 8 million Swiss Francs for the import of goods for projects in the field of environment to the Czech and Slovak Republic in the framework of the Declaration of Intent signed on 22nd November 1990 and the Memorandum of Understanding on the Cooperation in the field of Environment between Switzerland and Czech and Slovak Federal Republic dated 29th April 1991 will be divided into two equal parts of four million Swiss Francs and made available to the Slovak and Czech Republics respectively. It was agreed between the Slovak and Swiss Delegation that for the payment's execution of the Slovak part the Investičná a rozvojová banka in Bratislava has been designated to carry out the banking arrangements for the implementation of the projects.

Bratislava, 16 April 1993

For the Swiss Delegation

Dr. Daniel Stauffacher



For the Slovak Delegation

Dr. Mária Krasnohorská



Annex I

Members of Delegations

Delegation of the Slovak Government

M. Krasnohorská Head of Section of bilateral Cooperation,
Ministry of Foreign Affairs of the Slovak
Republic

A. Mejštov Section of International Law, Ministry of
Foreign Affairs of the Slovak Republic

I. Korčok Section of bilateral Cooperation, Ministry of
Foreign Affairs of the Slovak Republic

J. Fargaš Section of International Relations, Ministry
of Finance of the Slovak Republic

M. Alexandrová Head of Section of International Relations
Ministry of Health of the Slovak Republic

Mr. Brňák Adviser to the Minister, Ministry of
Environment of the Slovak Republic

Mr. Samek Section of International Relations,
Ministry of Agriculture of the Slovak Republic

D. Repčková Head of Section of International Relations,
Ministry of Economy of the Slovak Republic

Delegation of the Swiss Government

Dr. D. Stauffacher Head of Section, Federal Office for Foreign
Economic Affairs, Berne

Mr. L. Canonica Department of Foreign Affairs, Berne

Ms. E. Frey Federal Office for Foreign Economic Affairs,
Berne

Mr. A. Hoffet Counsellor, Swiss Embassy to the Slovak
Republic in Prague

h-

MA

AGREEMENT

BETWEEN

THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION

AND

THE GOVERNMENT OF THE SLOVAK REPUBLIC

ON THE GRANTING OF FINANCIAL ASSISTANCE

Ki

MA

The Government of the Swiss confederation and Government of the Slovak Republic,

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desirous of strengthening these relations and the fruitful cooperation between the two countries,

Have agreed as follows:

Article 1

DEFINITIONS

In this Agreement, unless the context otherwise requires, the following terms shall have the following meanings:

- a. " Swiss Government " means Government of the Swiss Confederation,
- b. " Slovak Government " means government of the Slovak Republic,
- c. " Contribution " means the contribution granted by the Swiss Confederation under this Agreement,
- d. " Contracting Parties " means the Swiss Government and the Slovak Government,
- e. " Closing Date " means the last day on which the Slovak Government can submit a proposal to the Swiss Government.

Article 2

OBJECTIVE OF THE CONTRIBUTION

The objective of the Contribution is to support the transition to a market economy in the Slovak Republic and to mitigate the economic and social cost of adjustment.

KS

MA

Article 3

AMOUNT AND UTILIZATION OF THE CONTRIBUTION

- 3.1. The Swiss Government agrees to make a non-reimbursable contribution of SFr. 30 Mio. (thirty million Swiss Francs) to the Slovak Government to finance the foreign currency costs of imports of goods and services for priority projects, including freight and other services associated with the supply of goods. The contribution will be made on a project by project basis. By mutual agreement between the Contracting Parties, a certain percentage of the Contribution can be used to finance local costs and technical assistance necessary for the successful implementation of the projects financed by the Swiss Government.
- 3.2. The contribution shall be utilized for priority infrastructure and rehabilitation projects. Particular emphasis is to be given to projects in the Environment, Health and Infrastructure sectors and to projects favouring the development of the emerging private sector of the economy.
- 3.3. No proceeds of the Contribution shall be used for the payment of any duties and taxes (import duties, levies and fees of any kind) imposed under the law of the Slovak Republic.

Article 4

CONDITIONS OF THE CONTRIBUTION

- 4.1. To the extent that local counterpart funds (in local currency) are generated through importers' payments for Swiss goods and services, the Slovak Government shall use these funds to finance projects mutually agreed upon, in the sectors mentioned in paragraph 3.2. above as well as in the social sector.
- 4.2. The terms of the Contribution shall be passed on to the end user according to the standard relending terms of the Slovak Government or other terms to be mutually agreed upon by the Contracting Parties and taking into account the nature of the project. The onlending terms shall not be less favourable than the terms offered under similar external financing agreements.

*hr**MA*

Article 5

ACCOUNTS

- 5.1. Upon entry into force of this Agreement, the Swiss Government shall open an account with the Swiss National Bank for the Contribution in the name of the Slovak Government.
- 5.2. The Swiss Government shall credit this account with the amount necessary for the Swiss National Bank to effect the payments due under this Agreement.
- 5.3. The Slovak Government shall open a special account with the Investičná a rozvojová banka in Bratislava entitled " Swiss Financial Assistance " for the importers' payments in local currency of counterpart funds after the signing of this Agreement.

Article 6

ADMINISTRATION OF THE CONTRIBUTION

- 6.1. The Slovak Government shall furnish to the Swiss Government all such relevant information as the Swiss Government shall reasonably request, in particular the information indicated in Annex I. Information on the current statut of utilization should be provided every 12 months to the Swiss Government.
- 6.2. The Slovak Government takes or causes to be taken all actions, including the provision of facilities, services and other measures, necessary or appropriate, for carrying out the present Agreement.
- 6.3. The Slovak Government shall maintain or cause to be maintained records adequate to identify the goods and services financed out of the proceeds of the Contribution as well as the local currency counterpart funds mentioned under article 5.3. and to disclose the use and beneficiaries thereof.
- 6.4. The Slovak Government shall maintain separate accounts for the present Agreement and have such accounts controlled and certified. The institution executing such control and certification shall be determined by mutual agreement of the Contracting Parties.
- 6.5. The Slovak Government and the Swiss Government shall exchange views at regular intervals on the progress of the projects financed under the present Agreement (including those financed by local currency counterpart funds) during and after their implementation.

K5

DRA

- 6.6. The Slovak Government shall, after the final disbursement of the individual transaction, furnish to the Swiss Government a report of such scope and in such detail as the Swiss Government shall reasonably request, on the execution of the projects and the accomplishment of the purpose of the projects, including a certified financial statement on the use of the proceeds of the Contribution.

A report shall be furnished to the Swiss Government upon final disbursement of all transactions under the Contribution containing an assessment of the accomplishment of the purpose of the present Agreement, including a certified statement on the use of the Contribution proceeds. These reports should in particular contain updated information according to Annex I.

Article 7

CANCELLATION, SUSPENSION, TERMINATION

- 7.1. The Slovak Government may by written notice to the Swiss Government cancel any amount of the Contribution which it shall not have withdrawn by the closing date, as defined in Article 12.2..
- 7.2. In the event of default by the Slovak Government in the fulfillment of commitments or obligations under the present Agreement, the Swiss Government may suspend in whole or in part, the right of the Slovak Government to make withdrawals from the Contribution account and/or cancel the balance of the Contribution.

Article 8

SETTLEMENT OF DISPUTES

- 8.1. Disputes as to the interpretation or application of the provisions of the present Agreement which shall not have been settled in a satisfactory way by means of diplomatic negotiations within a period of 3 months shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal of three members. The Contracting Parties shall jointly appoint an arbitrator as Chairman who shall be national of a third country.
- 8.2. If either Contracting Party has not appointed the arbitrator and has not followed the invitation of the other contracting Party to make the appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of the Contracting Party by the President of the International Court of Justice in the Hague.

ki

DA

- 8.3. If both arbitrators cannot come to an agreement about the choice of a third arbitrator (Chairman) within two months after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.4. If in the cases specified under provisions 2 and 3, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the next senior judge in Court who is not a national of either Contracting Party.
- 8.5. Subject to other provisions made by the Contracting Parties, the tribunal shall determine its procedure.
- 8.6. The decisions of the tribunal will be binding for each Contracting Party.

Article 9

AUTHORITIES IN CHARGE OF THE APPLICATION OF THE AGREEMENT

The following authorities shall be responsible for the application of the Agreement:

a. On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affaires
Bundeshaus Ost
3003 Bern/Switzerland

Phone 031/61 23 18 Fax 031/26 40 69 Telex 911 340 eda ch

b. On the Slovak side:

Ministry of Foreign Affairs of the Slovak Republic
Stromová 1
833 36 Bratislava/Slovak Republic

Phone 07/3704 413 Fax 07/372 702

rs

MA

Article 10

AMENDMENTS TO THE AGREEMENT

Amendments to the present Agreement shall be effect by way of exchange of letters between the Contracting Parties.

Article 11

ANNEX

Annex I constitutes an integral part to this Agreement.

Article 12

ENTRY INTO FORCE AND CLOSING DATE

12.1. The present Agreement shall come into force at the date of signature.

12.2. The closing date of the present Agreement shall be two years after the date of signature or such later date as shall be agreed upon by the Contracting Parties.

Done at..... on the.....

in two original copies in English.

For the Government of the Swiss Confederation

For the Government of the Slovak Republic

ku

DA

Annex I

Procedures and information requirements for the selection and approval of projects (and programmes) which may be financed under the present Agreement.

In the discussions leading to the conclusion of the present Agreement both Contracting Parties reached an understanding regarding the procedures of the selection and approval of the projects (and programmes) which may be financed under the Contribution as mentioned in the present Agreement.

1. Information Requirements

All applications shall be channelled, through the Swiss Embassy in Prague, to the Federal Office for Foreign Economic Affairs and shall contain all necessary information to allow a thorough evaluation of the financing proposals as to their economic, technical, financial, social and ecological impact.

Project application should therefore include detailed information on inter alia:

- the nature of goods and services to be imported,
- the contribution of these goods and services to the implementation of the overall project/programme: exact scope and objectives of the overall project/programme,
- the economic, technical, financial, social and ecological feasibility of the project/programme, paying particular attention to its impact on the final beneficiaries,
- the contract prize and procurement procedures followed by the importer,
- the capacity of the executing agency to implement the project/programme and provision taken for the maintenance of services after the completion of the project/programme.

Relevant preparatory studies and appraisal reports of projects should be made available to the Swiss Authorities at the earliest possible time, but at the latest at the time of the financing request. This procedure should permit both Contracting Parties to reach an agreement in principle before the final contract is signed.

kur

MA

2. Appraisal, Approval and Evaluation Proposals

Before giving final approval, the Swiss Government may conduct a field mission in the Slovak Republic to appraise the proposed project.

Upon project completion the Slovak Authorities shall submit to the Swiss Authorities a project completion report. The content of such completion reports shall be determined for each project by mutual agreement.

The Swiss Authorities may send an expert mission to the Slovak Republic to evaluate the individual projects and/ or the execution of the Swiss financial assistance programme.

3. Administrative Procedure

The Ministry of Foreign Affairs of the Slovak Republic will forward financing requests to the Federal Office for Economic Affairs via the Swiss Embassy in Prague which will also transmit the Swiss approval. A copy of this approval, as well as of the bellow-mentioned documents, will be provided by the Federal Office for Foreign Economic Affairs to the Swiss National Bank.

Other than the documents specified under point 1 of Annex I, financing requests must include proforma bills or delivery contracts (FOB, CFR or CIF prices).

Financial assistance may be put into effect based on either direct payment or letter of credit. In the latter case, fees will be charged to the Swiss side. The chosen means of payment must be indicated on the proforma bills or delivery contracts. The Investičná a rozvojová banka in Bratislava will dispatch direct payment orders to the Swiss National Bank with reference to the above-mentioned approval of the Swiss authorities.

In case of payment by letter of credit, the importer will- as is customary-open a letter of credit with the Swiss National Bank via the Investičná a rozvojová banka in Bratislava with reference to the above-mentioned and approved proforma bills and delivery contracts. This will be effected once the importer has been informed by the Ministry of Foreign Affairs of the Slovak Republic of the Swiss Governments' approval to provide financial assistance. The Swiss National Bank will pay the supplier upon presentation of the documents specified in the letter of credit.

W

MA

Memorandum of Understanding

A delegation of the Czech Government and the Swiss Government (the members of the delegation are listed in Annex I) held fruitful discussions in Prague on the granting of financial assistance by the Swiss Government to the Czech Government.

The delegations agreed on the general objectives and procedures of such assistance as described in the attached initialled draft Agreement (Annex II) and agreed also to submit this draft Agreement to their respective Government authorities for approval.

The Swiss Delegation informed the Czech Delegation that the financial assistance of 8 million Swiss Francs for the import of goods for projects in the field of environment to the Czech and Slovak Republic in the framework of the Declaration of Intent signed on 22nd November 1990 and the Memorandum of Understanding on the Cooperation in the field of Environment between Switzerland and the Czech and Slovak Federal Republic dated 29th April 1991 will be divided into two equal parts of four million Swiss Francs and made available to the Slovak and Czech Republics respectively.

Prague, 21 April 1993



For the Swiss Delegation

Dr. Daniel Stauffacher



For the Czech Delegation

Pavel Rozsypal

Annex I

Members of Delegations

Delegation of the Swiss Government

Dr. D. Stauffacher	Head of Section, Federal Office for Foreign Economic Affairs, Berne
Mr. L. Canonica	Department of Foreign Affairs, Berne
Ms. E. Frey	Federal Office for Foreign Economic Affairs, Berne
Mr. A. Hoffet	Secretary, Swiss Embassy to the Slovak Republic in Prague

DA

H.

Annex I

The attendance list of meetings for negotiation of Agreement on financial assistance from government of Swiss Confederation Prague, April 19-21, 1993

Mr. Pavel Rozsýpal	Director of the Centre for foreign assistance Ministry of Economy ČR
prof. Svatopluk Jančálek	Ministry of foreign affairs ČR
Ing. Jitka Cenková	Centre for Foreign assistance Ministry of economy ČR
Dr. V. Rumbald	Ministry of finance ČR
Dr. Jan Málek	Czech National Bank
Dr. Jindřich Vašut	Institut for banking training
Dr. J. Střížová	Komerční banka
Ing. V. Kovacs	"
Dr. Libuše Romanovská	Department of International Cooperation Ministry of Health ČR
Dr. Jana Stárková	"
Ing. J. Přibík	Ministry of Health
Ing. Václav Petříček	Deputy Minister Ministry of Industry and Trade ČR
Dr. J. Trestr	Ministry of Industry and Trade ČR
Ing. P. Tvrzník	"
Dr. Jiří Brožíček	Nadace F.E.F.D.O.C.E.
Dr. Josef Musil	Deputy Minister Ministry of Environment ČR
Ing. Václav Trojan	Ministry of Environment ČR
Eva Šimová	Ministry of Economy ČR
Dr. Vladimír Wallo	"
Ing. Václav Vaindl	"

DA

RP

Ing. František Jelínek

Czech Metrological Institute

Dr. Pavel Klenovský

"

Jiří Kraus

Czech Office for Standards,
Metrology and Testing

DA

RL

ANNEX II

AGREEMENT

BETWEEN

THE GOVERNMENT OF THE SWISS CONFEDERATION

AND

THE GOVERNMENT OF THE CZECH REPUBLIC

ON THE GRANTING OF FINANCIAL ASSISTANCE

MA

RP

The Government of the Swiss Confederation and the Government of the Czech Republic,

Having regard to the friendly relations between the two countries,

Desirous of strengthening these relations and the fruitful cooperation between the two countries,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

In this Agreement, unless the context otherwise requires, the following terms shall have the following meanings:

- a. "Swiss Government" means Government of the Swiss Confederation;
- b. "Czech Government" means Government of the Czech Republic;
- c. "Contribution" means the contribution granted by the Swiss Confederation under this Agreement;
- d. "Contracting Parties" means the Swiss Government and the Czech Government;
- e. "Closing Date" means the last day on which the Czech Government can submit a proposal to the Swiss Government.

Article 2

Objective of the Contribution

The objective of the Contribution is to support the transition to a market economy in the Czech Republic and to mitigate the economic and social cost of adjustment.

DA

RL

Article 3Amount and Utilization of the Contribution

- 3.1 The Swiss Government agrees to make a non-reimbursable contribution of SFr. 30 Mio. (thirty million Swiss Francs) to the Czech Government to finance the foreign currency costs of imports of goods and services for priority projects, including freight and other services associated with the supply of goods. The contribution will be made on a project by project basis. By mutual agreement between the Contracting Parties, a certain percentage of the Contribution can be used to finance local costs and technical assistance necessary for the successful implementation of the projects financed by the Swiss Government.
- 3.2 The contribution shall be utilized for priority infrastructure and rehabilitation projects. Particular emphasis is to be given to projects in the health, environment, infrastructure and energy sectors and to projects favouring the development of the emerging private sector of the economy.
- 3.3 No proceeds of the Contribution shall be used for the payment of any duties and taxes (import duties, levies and fees of any kind) imposed under the law of the Czech Republic.

Article 4Conditions of the Contribution

- 4.1 To the extent that local counterpart funds (in local currency) are generated through importers' payments for Swiss goods and services, the Czech Government shall use these funds to finance projects mutually agreed upon, in the sectors mentioned in paragraph 3.2 above as well as in the social sector.

The terms of the Contribution shall be passed on to the end user according to the standard relending terms of the Czech Government or other terms to be mutually agreed upon by the Contracting Parties and taking into account the nature of the project. The onlending terms shall not be less favourable than the terms offered under similar external financing agreements.

DA

RL

Article 5Accounts

- 5.1 Upon entry into force of this Agreement, the Swiss Government shall open an account with the Swiss National Bank for the Contribution in the name of the Czech Government.
- 5.2 The Swiss Government shall credit this account with the amount necessary for the Swiss National Bank to effect the payments due under this Agreement.
- 5.3 The Czech Government shall open a special account with the Investicni banka in Prague entitled "Swiss Financial Assistance" for the importers' payments in local currency of counterpart funds after the signing of this Agreement.

Article 6Administration of the Contribution

- 6.1 The Czech Government shall furnish to the Swiss Government all such relevant information as the Swiss Government shall reasonably request, in particular the information indicated in Annex I. Information on the current status of utilization should be provided every 12 months to the Swiss authorities.
- 6.2 The Czech Government takes or causes to be taken all actions, including the provision of facilities, services and other measures, necessary or appropriate, for carrying out the present Agreement.
- 6.3 The Czech Government shall maintain or cause to be maintained records adequate to identify the goods and services financed out of the proceeds of the Contribution as well as the local currency counterpart funds mentioned under article 5.3 and to disclose the use and beneficiaries thereof.
- 6.4 The Czech Government shall maintain separate accounts for the present Agreement and have such accounts controlled and certified. The institution executing such control and certification shall be determined by mutual agreement of the Contracting Parties.
- 6.5 The Czech Government and the Swiss Government shall exchange views at regular intervals on the progress of the projects financed under the present Agreement (including those financed by local currency counterpart funds) during and after their implementation.

- 6.6 The Czech Government shall after the final disbursement of the individual transactions, furnish to the Swiss Government a report of such scope and in such detail as the Swiss Government shall reasonably request, on the execution of the projects and the accomplishment of the purpose of the projects, including a certified financial statement on the use of the proceeds of the Contribution.

A report shall be furnished to the Swiss Government upon final disbursement of all transactions under the Contribution containing an assessment of the accomplishment of the purpose of the present Agreement including a certified statement of the use of the Contribution proceeds. These reports should in particular contain updated information according to Annex I.

Article 7

Cancellation, Suspension, Termination

- 7.1 The Czech Government may by written notice to the Swiss Government cancel any amount of the Contribution which it shall not have withdrawn by the closing date, as defined in Article 12.2.
- 7.2 In the event of default by the Czech Government in the fulfillment of any commitment or obligation under the present Agreement, the Swiss Government may suspend in whole or in part, the right of the Czech Government to make withdrawals from the Contribution account and/or cancel the balance of the Contribution.

Article 8

Settlement of Disputes

- 8.1 Disputes as to the interpretation or application of the provisions of the present Agreement which shall not have been settled in a satisfactory way by means of diplomatic negotiations within a period of 3 months shall, upon request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal of three members. The Contracting Parties shall jointly appoint an arbitrator as Chairman who shall be a national of a third country.
- 8.2 If either Contracting Party has not appointed the arbitrator and has not followed the invitation of the other contracting Party to make the appointment within one month, the arbitrator shall be appointed upon the request of the Contracting Party by the President of the International Court of Justice in the Hague.

- 8.3 If both arbitrators cannot come to an agreement about the choice of a third arbitrator (Chairman) within two months after their appointment, the latter shall be appointed upon the request of either Contracting Party by the President of the International Court of Justice.
- 8.4 If in the cases specified under provisions 2 and 3, the President of the International Court of Justice is prevented from carrying out the said function, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the Vice-President, and if the latter is prevented, or if he is a national of either Contracting Party, the appointment shall be made by the next senior judge in Court who is not a national of either Contracting Party.
- 8.5 Subject to other provisions made by the Contracting Parties, the tribunal shall determine its procedure.
- 8.6 The decisions of the tribunal will be binding for each Contracting Party.

Article 9

Authorities in Charge of the Application of the Agreement

The following authorities shall be responsible for the application of the Agreement:

a. On the Swiss side:

Federal Office for Foreign Economic Affairs
Bundeshaus Ost
3003 Berne / Switzerland

Phone 031/61 23 18 Fax 031/26 40 69 Telex 911 340 eda ch

b. On the Czech side:

Ministry of Economy
Staromestské nám. 6
110 01 Praha 1 / Czech Republic

Phone 02/231-1902 Fax 02/231-3227 Telex --

Article 10

Amendments to the Agreement

Amendments to the present Agreement shall be effected by way of exchange of letters between the Contracting Parties.

DA.

AL.

Article 11

Annex

Annex I constitutes an integral part to this Agreement.

Article 12

Entry into Force and Closing Date

12.1 The present Agreement shall come into force at the date of signature.

12.2 The closing date of the present Agreement shall be two years after the date of signature or such later date as shall be agreed upon by the Contracting Parties.

Done at on the

in two original copies in English.

For the Government of the
Swiss Confederation

For the Government of the
Czech Republic



Annex I

Procedures and information requirements for the selection and approval of projects (and programmes) which may be financed under the present Agreement

In the discussions leading to the conclusion of the present Agreement both Contracting Parties reached an understanding regarding the procedures of the selection and approval of the projects (and programmes) which may be financed under the Contribution as mentioned in the present Agreement.

1. Information Requirements

All applications shall be channelled, through the Swiss Embassy in Prague, to the Federal Office for Foreign Economic Affairs and shall contain all necessary information to allow a thorough evaluation of the financing proposals as to their economic, technical, financial, social and ecological impact.

Project applications should therefore include detailed information on inter alia:

- the nature of goods and services to be imported;
- the contribution of these goods and services to the implementation of the overall project/programme: exact scope and objectives of the overall project/programme;
- the economic, technical, financial, social and ecological feasibility of the project/programme, paying particular attention to its impact on the final beneficiaries;
- the contract prize and procurement procedures followed by the importer;
- the capacity of the executing agency to implement the project/programme and the provisions taken for the maintenance of services after the completion of the project/programme.

Relevant preparatory studies and appraisal reports of projects should be made available to the Swiss Authorities at the earliest possible time, but at the latest at the time of the financing request. This procedure should permit both Contracting Parties to reach an agreement in principle before the final contract is signed.

2. Appraisal, Approval and Evaluation Proposals

Before giving final approval, the Swiss Government may conduct a field mission in the Czech Republic to appraise the proposed project.

Upon project completion the Czech Authorities shall submit to the Swiss Authorities a project completion report. The content of such completion reports shall be determined for each project by mutual agreement.

The Swiss Authorities may send an expert mission to the Czech Republic to evaluate the individual projects and/or the execution of the Swiss financial assistance programme.

3. Administrative Procedure

The Ministry of Economy of the Czech Republic will forward financing requests to the Federal Office for Foreign Economic Affairs via the Swiss Embassy in Prague which will also transmit the Swiss approval. A copy of this approval, as well as of the below-mentioned documents, will be provided by the Federal Office for Foreign Economic Affairs to the Swiss National Bank.

Other than the documents specified under point 1 of Annex I, financing requests must include proforma bills or delivery contracts (FOB, CFR or CIF prices).

Financial assistance may be put into effect based on either direct payment or letter of credit. In the latter case, fees will be charged to the Swiss side. The chosen means of payment must be indicated on the proforma bills or delivery contracts. The Investicni banka in Prague will dispatch direct payment orders to the Swiss National Bank with reference to the above-mentioned approval of the Swiss authorities.

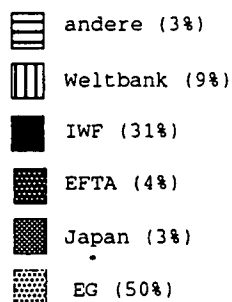
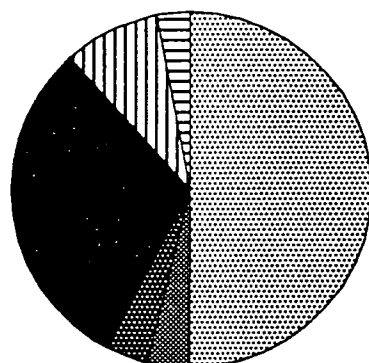
The case of payment by letter of credit, the importer will - as is customary - open a letter of credit with the Swiss National Bank via the Investicni banka in Prague with reference to the above-mentioned and approved proforma bills and delivery contracts. This will be effected once the importer has been informed by the Ministry of Economy of the Czech Republic of the Swiss Government's approval to provide financial assistance. The Swiss National Bank will pay the supplier upon presentation of the documents specified in the letter of credit.

DA

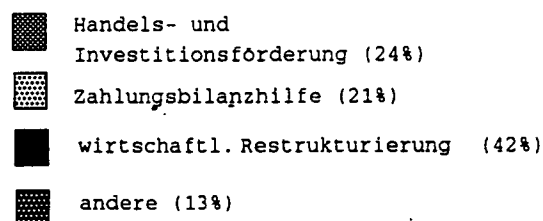
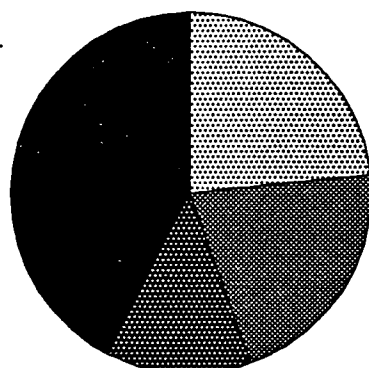
SP

Beilage IIIKoordination der internationalen Hilfe**Hilfe an die CSFR nach Geber 1991/92**

(verpflichtet)

**Hilfe an die CSFR nach Sektoren 1991/92**

(verpflichtet)



Für 1991 wurde der CSFR von den G-24 Ländern insgesamt 877 Mio. US\$ an Zahlungsbilanzhilfe zugesprochen. Die Schweiz beteiligte sich mit 40 Mio. US\$ an dieser Hilfe.

Am 1. Juli 1992 trat das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der CSFR in Kraft. Auf den 1. Januar 1993 wurde es auf die beiden Nachfolgestaaten übertragen; das gleiche gilt für das Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweiz und der CSFR von 1971 sowie das Investitionsschutzabkommen (in Kraft seit August 1991).

Aus dem ersten Schweizer Osthilfe-Rahmenkredit flossen der CSFR in erster Linie Mittel¹³⁾ für Projekte im Umweltbereich (Abfallentsorgung, Waldsanierung) zu. Aus dem zweiten Rahmenkredit soll - neben der beantragten Finanzhilfe - in der slowakischen und der tschechischen Republik die technische Zusammenarbeit¹⁴⁾ auch auf die Bereiche Politik/Staatsaufbau, Wirtschaft/Ausbildung, Gesundheit/Soziales, Energie/Umwelt sowie Wissenschaft/Forschung/Bildungswesen ausgeweitet werden.

13) 6 Mio. SFr. für technische Zusammenarbeit / 8 Mio. SFr. für Finanzhilfe

14) für ca. 12 Mio. SFr.

Pressemitteilung**Bundesrat beschliesst Finanzhilfe an die Slowakische und die Tschechische Republik**

Der Bundesrat hat beschlossen, der Slowakischen und der Tschechischen Republik eine nicht-rückzahlbare Finanzhilfe im Umfang von je 30 Mio. SFr. sowie Kreditgarantien für Exporte in die Slowakische Republik im Umfang von 20 Mio SFr. zu gewähren. Die Durchführung dieser Hilfe durch das BAWI stützt sich auf den Bundesbeschluss über die Weiterführung der verstärkten Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Staaten vom 28. Januar 1992.

Ziel der schweizerischen Hilfe ist es, der Slowakischen und Tschechischen Republik wirkungsvolle Unterstützung beim Uebergang zu einem marktwirtschaftlichen System und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten mittragen zu helfen. Die nicht-rückzahlbaren Finanzierungszuschüsse werden prioritären Projekten in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Infrastruktur und Energie zufließen. Die Kreditgarantien sollen den Slowaken erlauben, für den wirtschaftlichen Aufbau dringend notwendige Einfuhren zu tätigen. Prioritäre Berücksichtigung finden dabei Lieferungen an den Privatsektor sowie solche zur Förderung der privatwirtschaftlichen Exportkapazität. Die administrative Abwicklung der Garantieerteilung erfolgt - nach vorgängiger Bewilligung der Garantieanträge durch das BAWI - über die ERG in Zürich.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Auskünfte: Daniel Stauffacher / Elisabeth Frey, BAWI (Sektion Finanzhilfe für Mittel- und Osteuropa, Tel. 031 61 23 18 / 61 23 87)

Communiqué de Presse

Décision du Conseil fédéral pour l'octroi d'une aide financière en faveur de la République Slovaque et la République Tchèque

Le Conseil fédéral a décidé d'accorder à la République Slovaque et à la République Tchèque un montant de 30 mio sfr. à chacune pour une aide financière non-remboursable. Il a en outre décidé d'octroyer des garanties de crédits en faveur de la République Slovaque à raison de 20 mio sfr.. L'application de ces mesures par l'OFAEE est basée sur l'Arrêté fédéral concernant la poursuite de la coopération renforcée avec les Etats d'Europe centrale et orientale du 28 janvier 1992.

Le but de l'aide suisse est de soutenir la transition de la République Slovaque et de la République Tchèque vers l'économie de marché et d'atténuer les coûts économiques et sociaux liés au processus de restructuration. L'aide financière non-remboursable sera consacrée à des projets prioritaires dans les domaines de la santé, de l'environnement, de l'infrastructure et de l'énergie. Les garanties de crédit permettront aux Slovaques de réaliser des importations nécessaires au développement économique. La priorité sera accordée aux livraisons au secteur privé ainsi qu'à celles destinées à la promotion de la capacité d'exportation de ce secteur. Le bureau de la GRE à Zurich sera chargé de l'administration des demandes de garanties, une fois approuvées par l'OFAEE.

DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE
Service de presse et d'information

Renseignements: Daniel Stauffacher / Elisabeth Frey, BAWI (Section de l'aide financière aux pays d'Europe centrale et orientale, tel. 031 61 23 18 / 61 23 87



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Madame Sylvia P a u l i , Ambassadeur de Suisse à Prague, à signer l'"Agreement between the Government of the Swiss Confederation and the Government of the Czech Republic on the granting of financial assistance".

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 23 juin 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération:



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Madame Sylvia P a u l i , Ambassadeur de Suisse en Tchéquie, ou son suppléant, à signer l'échange de lettres concernant l'amendement à l'Accord du 8 octobre 1993 sur l'aide financière de la Suisse à la République Tchèque.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 25 août 1995

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération